

## Peak Oil

In Liechtenstein ist man der Ansicht, dass mit der neuen Variante für eine Südumfahrung die Lösung gefunden worden sei. Die Würfel für den Bau der Tunnel-Varianten-Spinne 5.3.a oder eine Ähnliche sind jedoch noch lange nicht gefallen. [Seite 4](#)

## Eigenheim

Es ist spätestens seit der Veröffentlichung der Zukunftsstudie kein Geheimnis, dass für die LiechtensteinerInnen die extrem hohen Bodenpreise in Liechtenstein zum Problem Nummer eins werden. Selbst zahlungskräftige LiechtensteinerInnen kommen kaum mehr zu Bauplätzen. Jedem Kind sein Haus – dieser alte liechtensteinsche Traum scheint ausgeträumt. Warum das so ist und warum sich daran auch kaum etwas ändern wird, versuchten wir im Interview mit dem Architekten Hansjörg Hilti herauszufiltern.. [Seite 5](#)

## Helen Marxer **Ablasshandel statt Massnahmen**

Weil die Regierung nicht daran glaubt, die eingegangene Kyoto-Verpflichtung, nämlich die Treibhausgas-Emissionen bis 2012 um 8 Prozent unter den Wert von 1990 durch Massnahmen im Inland senken zu können, kauft sie zwei Drittel der notwendigen Reduktionsleistung im Ausland zum Betrag von 8 Millionen Franken ein.

Dies ist ein Armutszeugnis für ein hoch technisiertes und reiches Land wie Liechtenstein. Emissionshandel führt zu einer Entsolidarisierung unter den Industriestaaten, gibt nationalen und individuellen Egoismen Auftrieb und untergräbt das Bewusstsein, dass wir alle für die Zukunft dieses Planeten verantwortlich sind. Das neue Energieeffizienzgesetz zielt in die richtige Richtung, damit aber die geplanten Massnahmen die erhoffte Wirkung zeigen, braucht es griffige Massnahmen in den zum Gesetz gehörenden Verordnungen. [Fortsetzung Seite 2](#)

### Und nach Kyoto?

Die EU will ihre Treibhausgas-Emissionen bis 2020 gegenüber 1990 um 20 Prozent reduzieren, im Rahmen eines internationalen Abkommens eventuell sogar um 30 Prozent. Der schweizerische Bundesrat plant eine Reduktion von 20 Prozent, eine schweizerische Volksinitiative sogar eine Reduktion von 30 Prozent. Im Rahmen der UNO wird derzeit über die Fortsetzung der Klimaschutzmassnahmen über Kyoto hinaus verhandelt und auch in unseren Nachbarstaaten findet darüber eine intensive öffentliche Auseinandersetzung statt. Im regierungsrätlichen Klimaschutzkonzept vom September 2007 fehlen Reduktionsziele, die über das Jahr 2012 hinausgehen.

### Ziel: Die 2000-Watt-Gesellschaft

Heute pufft jede in Liechtenstein wohnhafte Person ca. 8 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr in die Atmosphäre, viermal mehr als ein Chinese und achtmal mehr als ein Inder. Um zu verhindern, dass die mittlere Erdtemperatur um mehr als 2 Grad ansteigt, darf jeder Erdenbewohner in Zukunft die Atmosphäre nur noch mit maximal 2 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr belasten. Dieses Ziel kann erreicht werden, wenn die Industrieländer ihre Emissionen bis zum Jahr 2050 um 80 Prozent senken.

Energieexperten sind überzeugt davon, dass sich in den Industriestaaten bis zum Jahr 2050 der CO<sub>2</sub>-Ausstoss pro Kopf und Jahr um zwei Tonnen ohne nennenswerte Komforteinbussen senken lässt. Werden parallel dazu die erneuerbaren Energien stark gefördert, würde ab 2050 nur noch etwa eine Tonne CO<sub>2</sub> pro Kopf und Jahr anfallen. Dieses an der ETH Zürich entwickelte Konzept ist inzwischen unter dem Namen «2000-Watt-Gesellschaft» bekannt geworden.

### Der Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft in Liechtensteins führt über ...

#### ... bessere Häuser

Ein Einfamilienhaus von 1970 benötigt für Heizung und Warmwasser durchschnittlich 12 bis 15 Liter Heizöl pro Quadratmeter. Bei einem Einfamilienhaus Baujahr 2003 sind es noch 9, bei einem Haus im Minergie-Standard sind es noch 3 und in einem Passivhaus lässt sich sogar mit nur 1.5 Liter Heizöl behaglich wohnen.

Der Verlust von Heizenergie in Wohngebäuden kann durch dichte Fenster, gut isolierte Wände, Estriche und Keller massiv gesenkt werden. Liechtenstein weist einen hohen Anteil nicht sanierter Altbauten auf. Das neue Energieeffizienzgesetz berücksichtigt dieses enorme Einsparpotenzial zu wenig und muss durch strenge Vorschriften insbesondere für Neubauten im Baugesetz ergänzt werden.

## Pressespiegel

«Wieder einmal zeigt der Staatsangestellte und Abgeordnete der Freien Liste sein wahres Gesicht und seine wahre Gesinnung gegenüber der ausländischen Presse [...] Gewissen Exponenten der Freien Liste sind solche verbalen Ausrutscher nicht fremd. [Die deutsche Steueraffäre hat bewiesen, dass die Freie Liste in keinsten Weise eine staatstragende Partei ist.](#) Fast mediengeil stellen sie sich vor jede Kamera und jedes Mikrofon. Verschiedenste Exponenten haben es regelrecht genossen, wie das Land Liechtenstein im Dreck herumgezogen wurde. ...»

Harry Quaderer VU-Landtagsabgeordneter und Treuhänder, LieVa 17.5.2008

«Man darf dreierlei verlangen. Erstens darf der Rechtfertigungsdruck für bzw. gegen diese Praktiken ruhig auch aus diesem Land selbst kommen. [Es steht einem modernen Gemeinwesen absolut nicht an, diese Kritik als Verrat zu verunglimpfen.](#) Zudem sollte man nicht noch Öl ins Feuer giessen mit extremistisch-libertären Positionen, wie man sie mit dem Futuro-Bericht vertritt. Der offensive Angriff auf das Steuersubstrat der Staatengemeinschaft und die offen bekundete Verletzung des Wohnsitzprinzips – das ist unfassbar. Die Party wird wohl kaum ewig dauern. Die Gemeinschaft zivilisierter Rechtsstaaten wird sich den Diebstahl nicht ewig bieten lassen.»

Dr. Ulrich Thielemann, Interview, Vaterland 17.5.2008

### ... bessere Autos

In Liechtenstein ist in den letzten Jahren ein Trend zu grossen Autos mit Dieselmotoren, hoher Motorenleistung und hohem Treibstoffverbrauch zu verzeichnen. Entsprechend hoch ist der durchschnittliche CO<sub>2</sub>-Ausstoss von 205 g CO<sub>2</sub>/km der neu in den Verkehr gesetzten Personenwagen, während er im benachbarten Österreich nur bei 162 g CO<sub>2</sub>/km liegt. Deutschland strebt derzeit einen Wert von 130 g CO<sub>2</sub>/km an. Um den Trend zu schweren Autos mit grossen Motoren zu brechen, müssen Anreize für verbrauchsarme Fahrzeuge geschaffen werden. Bereits mit einer Reduktion um zwei Liter pro 100 km liessen sich in Liechtenstein ca. 20 000 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr einsparen, immerhin circa ein Drittel der Reduktionsleistung, die nötig ist, um die Anforderungen des Kyoto-Protokolls zu erfüllen. Zusätzlich würde die Luft wieder besser werden.

### ... einen besseren ÖV

36 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen Liechtensteins stammen aus dem Verkehr. Der Anteil des motorisierten Individualverkehrs am Gesamtverkehr ist in Liechtenstein mit ca. 75% viel zu hoch. Zu viele Wege werden in zu grossen Autos, oft nur mit einer Person zurückgelegt. Ein ernsthaftes Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr hat trotz vermehrter Anstrengungen in den letzten Jahren noch nicht stattgefunden. Es braucht dringend flankierende Massnahmen, die den öffentlichen Verkehr attraktiver und den motorisierten Individualverkehr unattraktiver machen.

### ... sparsamen Umgang mit Strom

Strom wird auf unterschiedliche Weise aus Primärenergien wie Öl, Gas, Kohle, Uran oder im besten Fall Wasserkraft, Sonne oder Wind gewonnen. Stromsparen ist deshalb effizienter Klimaschutz. Liechtensteiner verbrauchen überdurchschnittlich viel Strom: Mehr als 10 000 kWh pro Kopf und Jahr, ein Zürcher nur 6000 kWh. In den



36% der CO<sub>2</sub>-Emissionen Liechtensteins stammen aus dem Verkehr.

letzten 10 Jahren hat der Stromverbrauch in Liechtenstein um 40 Prozent zugenommen, deutlich mehr als bei unseren Nachbarn. Da liegt ein grosses Sparpotential drin.

### ... mehr erneuerbare Energien

Der Anteil erneuerbarer Energie am Gesamtenergiebedarf liegt in Liechtenstein bei ca. 10 Prozent. Gefordert in einer 2000-Watt-Gesellschaft sind 75 Prozent. Erneuerbare Energien wie Wasserkraft, Biomasse, Abfälle, Sonne, Wind und Geothermie sind neben dem Energiesparen die zweite tragende Säule einer nachhaltigen Klimapolitik. Bei der Bereitstellung inländischer erneuerbarer Energie hinkt Liechtenstein mindestens 10 Jahre hintendrin. Bei der Förderung der erneuerbaren Energien müssen klare Ziele formuliert und umgesetzt werden.

### ... eine bessere Klimaschutzpolitik

Klimaschutz hat in Liechtenstein keinen hohen Stellenwert. Wir erfüllen nicht einmal die minimalen Vorgaben der UNO-Klimakonvention und deren Protokolle. Dass ausgerechnet die Schwächsten und Ärmsten dieser Welt, die keine Schuld am Klimawandel trifft, am härtesten betroffen sind, muss unser Verhalten beeinflussen. Wir sollten uns den sozialen und ethischen Fragen stellen und dazu beitragen, dass arme Länder ihre Emissionen in bescheidenem Masse erhöhen können und ebenfalls eine Chance auf wirtschaftliche Entwicklung haben.

Forderungen und Fazit aus diesem Positionspapier der Freien Listen folgen im fl-info Juni 2008

## Berggasthof Sücka

Der gemütliche Treffpunkt  
beim Steg. Im Sommer und  
Winter ein Vergnügen.

[www.suecka.li](http://www.suecka.li)

## Andreas Postner **Planen im Jahrhundert von Peak Oil und Klimawandel**

In Liechtenstein ist man der Ansicht, dass mit der neuen Variante für eine Südumfahrung die Lösung gefunden worden sei. Die Würfel für den Bau der Tunnel-Varianten-Spinne 5.3.a oder eine Ähnliche sind jedoch noch lange nicht gefallen.



Neue Strassen sind keine Lösung im Zeitalter von Peak Oil und Klimawandel

Vor etwa zehn Wochen wurde ein Grazer Büro damit beauftragt, professionell zu untersuchen, ob Lösungsmodelle für Feldkirch denkbar, verkehrstechnisch möglich und realisierbar sind, die ohne Strassenbau auskommen. Wiederholt hat sich das beauftragte Büro gegenüber der Vorarlberger Landesregierung dahingehend geäussert, dass eine «Alibi-Arbeit» für diese Situation nicht in Frage kommt. Es gibt also einen sehr ernsthaften Versuch, die Verkehrs- Mobilitäts- und Umweltprobleme im Sinne der Alpenkonvention ohne neue Strassenbauten lösen zu wollen. Diese intensive Ingenieurarbeit hat die Einstiegsphase hinter sich und soll während und nach dem Sommer erste Szenarien-Optionen liefern.

### Was man nicht sieht, ist nicht

Die Auswirkungen der vorgestellten Hauptvarianten (5.3.a oder ähnliche) haben de facto die gleichen Effekte wie die alte, verworfene Letzetunnelvariante. Die Verkehrszunahmen bis zum Bezugsjahr sind in den Margen der gleichen Grössenordnungen wie beim alten Projekt. Wenn dies von NGO-Seite in Vorarlberg vorgebracht wird, heisst es von Seiten des Landes Vorarlberg und der Strassenplaner, darum müsse sich Liechtenstein kümmern. Gleichzeitig hört man hier, das Hauptanliegen der liechtensteinischen Regierung sei, dass man das Tunnelportal von der liechtensteinischen Grenze aus nicht sehen soll. Dies wird als einziges manifestes Anliegen der Vaduzer Regierung kolportiert, was den Tunnelbau betrifft.

Fazit wäre, dass Liechtenstein den gleichen Verkehr bekommt, wie durch das alte Letzetunnel-Projekt. Der einzige Unterschied: Das Tunnelportal sieht man von Liechtenstein aus nicht, weil es ein Stück weiter im Stadtgebiet von Feldkirch-Tisis liegt. Da das nun neu vorgeschlagene Tunnelprojekt die gleich deutliche Verkehrszunahme für Liechtenstein generieren wird, ist es evident und logisch, dass auch die neue Variante den Anwendungs-Kriterien des Verkehrsprotokolls der Alpenkonvention unterliegt.

### Von einer Lösung weit entfernt

In Vorarlberg gibt es nach wie vor Widerstand, vor allem gegen diese neue Tunnel-Spinnenvariante 5.3.a, die ihr Portal mitten in den Stadtbereich von Feldkirch-Tisis setzt. Der Widerstand der Bevölkerung hat sehr gute Chancen, «erfolgreich» im Sinne der Bürgerinitiativen zu sein. Der Tunnelast vom zentralen Kreisverkehr-Verteiler nahe beim Schulbrüder-Areal und hinter dem Schulzentrum bis nach Tisis Mitte, bringt so gut wie keine weiteren Entlastungen für Feldkirchs neuralgisches Zentrum, kostet aber 80 bis 90 Millionen Euro. Ein Portal mitten im Zentrum von Tisis macht auch überhaupt keinen Sinn, wenn nicht klar ist, welche Umfahrungen in Liechtenstein gebaut werden.

Die Tisner Bevölkerung war im Übrigen sehr verärgert über die sehr schlechte Informationspolitik des Landes und der Stadt, die suggeriert hatte, dies wäre die ultimativ einzige und endgültige Lösung. Lange Zeit wurde weder vom Land Vorarlberg, noch von der Stadt Feldkirch über die Bahn- und ÖV-Alternativen informiert.

Die Wahrheit ist: Der Wettbewerb um die beste Infrastruktur Lösung-Strassentunnel oder Schiene hat jetzt erst begonnen. Und

die Schattenseiten der Tunnel-Lösungen treten immer mehr ans Licht. Da ist gar nicht alles «eitel Wonne».

#### **Autofahren wird unerschwinglich**

Die Chancen für alternative Lösungen werden hoch eingeschätzt. Erstens: Die Umsetzung von Infrastrukturbauten Strasse oder Schiene – dauert mindestens 7–10 Jahre. Vorher sind sie nicht nutzbar. Dies bedeutet: Wir brauchen Sofortprogramme zur Verkehrsreduktion. Im Klartext braucht es: Radikale, deutliche Verbesserungen im ÖV, besseres, grenzüberschreitendes Mobilitätsmanagement, Parkplatzbewirtschaftung, Optimierung des Fahrrad-Berufsverkehrs, des Fussgängerverkehrs.

Etwa ab dem Jahr 2015 sollten neue Infrastrukturen zur Verfügung stehen. Dann wird der Erdölpreis zwischen 150 und 200 \$/Barrel oder noch mehr betragen. Das Arbeitspendeln mit den Autos wird sich in Zukunft nur mehr ein Bruchteil der Bevölkerung leisten können. Wir brauchen Bahn, Strassenbahn- oder ähnliche Infrastrukturen, um den Pendelverkehr ökonomisch, energetisch, ökologisch und sozial sicherstellen zu können.

#### **Es braucht den politischen Willen**

Die Bahn-Südeinfahrt Feldkirch ist sehr realistisch, wenn ein ausreichend starker politischer Wille dahintersteckt. Das Stadtgebiet Feldkirch könnte eine grosse Entlastung erfahren, weil drei neue Tram/Bahn-Haltestellen: Rösslepark, Landesgericht/Schulzentrum und Landeskrankenhaus möglich werden. Optimal wäre eine neue Bahntrasse mit Einbindung und Anschluss von Vaduz. Diesen braucht es in Zukunft dringend, weil die Treibstoffressourcen immer knapper und daher Bahnanschlüsse für die Wirtschaft und Liechtenstein immer bedeutender werden.

Die Bahnausgaben liegen auf österreichischer Seite in ähnlichen Grössenordnungen wie der Strassenbau, wenn man berücksichtigt, dass der FLACH-Ausbau um den Ardetzenberg herum nach Liechtenstein als schon vereinbart gilt. Wir sind überzeugt, dass die Synergie-Effekte für die Südeinfahrt Feldkirch mit drei neuen Stationen keine 200 Millionen Mehrkosten verursacht gegenüber dem geplanten FLACH-Bahnausbau. Zeitlich brauchen wir jetzt einen Grundsatzbeschluss für dieses Jahrhundertprojekt Südeinfahrt Feld-

kirch. Das Ziel wäre ein Baubeginn spätestens 2013 (Vorarbeiten) – 2016.

Gegen Infrastrukturprojekte der Strasse bestehen generelle Vorbehalte, weil sich die Neu-Investitionen volkswirtschaftlich nicht mehr als effizient darstellen lassen. Die CO<sub>2</sub>- und die Peak-Oil-Situation und die Finanzierungssituation sind heute völlig anders als in den 70er Jahren. Infrastrukturen bauen wir aber ab 2015 bis 2100. Das sind auch die Finanzierungszeiträume für Infrastrukturen. Billiges Öl, Benzin und auch Diesel werden dann längst nicht mehr vorhanden sein.

Nichts gegen Strasseninfrastrukturen, wenn kleine Ergänzungen oder Bypässe gebaut werden, um neuralgische Punkte zu umgehen und wenn umgehend und absolut sichergestellt ist, dass dadurch keine Attraktivitätssteigerung des Strassenverkehrs über die Hintertüre erfolgt. Das können wir uns nicht mehr leisten.

*Dipl.Ing. Andreas Postner ist Vorsitzender von Transform Vorarlberg Forum für Nachhaltige Entwicklung in der Region Arlberg/Alpenrhein/Bodensee*

## **Wussten Sie, dass ...**

... der Umstieg eines Vier-Personen-Haushalts auf Ökostrom pro Jahr so viel CO<sub>2</sub> einspart, wie 10'000 km Autofahren mit einem durchschnittlichen Kleinwagen verursachen?

... die Engpass-Leistung der deutschen Windkraftanlagen bereits grösser ist als jene aller deutschen Atomkraftwerke?

... Atomstrom bis zu zwanzig Mal soviel kosten müsste wie Ökostrom, wenn Atomkraftwerke von den Betreibern gegen mögliche Schäden versichert werden müssten?

... die Ökoenergie-Branche in Österreich 28'000 ArbeitnehmerInnen beschäftigt und bis zum Jahr 2020 weitere 100'000 Arbeitsplätze in diesem Bereich geschaffen werden könnten?

... mit dem Potenzial der erneuerbaren Energien theoretisch mehr als das 3000-fache des derzeitigen Weltenergiebedarfs abgedeckt werden könnte? Mit den heutigen technischen Möglichkeiten immerhin das Fünffache.

... Passivhäuser einen um 80% geringeren Energieverbrauch haben, jedoch in der Errichtung nur 5% mehr kosten?

## Karin Jenny **Schaffe, schaffe** – Häusle baue ...

Es ist spätestens seit der Veröffentlichung der Zukunftsstudie kein Geheimnis, dass für die LiechtensteinerInnen die extrem hohen Bodenpreise in Liechtenstein zum Problem Nummer eins werden. Selbst zahlungskräftige LiechtensteinerInnen kommen kaum mehr zu Bauplätzen. Jedem Kind sein Haus – dieser alte liechtensteini-sche Traum scheint ausgeträumt. Warum das so ist und warum sich daran auch kaum etwas ändern wird, versuchten wir im Interview mit dem Architekten Hansjörg Hilti herauszufiltern.



### **Fl-info: Die Bodenpreise in Liechtenstein sind horrend. Was ist die Ursache?**

HJH: Es gibt zwei massgebliche Gründe, warum das so ist: Wo die Wirtschaft boomt, steigen die Bodenpreise und wo Land rar ist, steigen sie ebenfalls. Beides trifft für Liechtenstein zu.

### **Warum aber wird behauptet, man bekomme keinen Bauplatz mehr, selbst wenn man 1 Million Franken hinlegen würde? Dies obwohl wir riesige Bauzonen haben.**

Viele Bauplätze sind in Familienbesitz – kaum jemand verkauft Boden, wenn er oder sie Kinder haben und mit ihrem Einkommen durchkommen. Warum auch – der Bauplatz ermöglicht es den Nachkommen, später selbst zu einem erträglichen

Preis zu bauen und die Erfahrung zeigt, dass der Bodenwert stetig steigt. Leer ausgehen jene, die keinen Boden im Familienbesitz haben, und das ist wohl die Mehrheit heute. Dann kommt noch etwas dazu: Wir haben heute einen Raumbedarf von etwa 80m<sup>2</sup> pro Person, das ist vier Mal soviel, wie noch vor 40 Jahren – auch das frisst Boden. Die heutige Anspruchshaltung ist nicht unbedingt kompatibel mit der Realität.

### **Stimmt es, dass es schwerreiche Leute sind, die quasi Bauplätze zusammenkaufen, drauf sitzen bleiben und damit steuermässig unverhältnismässig niedrig eingestuft werden?**

Das stimmt mit Sicherheit nicht. Boden, der innerhalb der Familie weitergereicht wird, bleibt niedrig bewertet. Sobald aber jemand Boden zum Marktwert kauft, wird er ihn auch zu diesem Wert versteuern müssen. Im schlimmsten Fall kann man diesen Leuten unterstellen, sie würden ihr Geld in Böden anlegen. Daran aber ist nichts Verwerfliches in unserem Wirtschaftssystem, es ist jedem überlassen, ob er sein Geld in Aktien, Böden oder Gold anlegt. Zudem glaube ich nicht, dass es so viele Leute sind, die Böden kaufen, um ihr Geld anzulegen. Vorwiegend werden Böden durch Immobilienfirmen, Baubranche etc. gekauft – mit der Auflage, diese zu bebauen, damit wieder neuer Wohnraum entsteht. So ist es auch im Grundverkehrs-gesetz geregelt.

### **Wird aus den LiechtensteinerInnen ein Volk von Mietern?**

Wir haben ja heute schon knapp über 50% Mietverhältnisse, noch vor ca. 20 Jahren

waren es etwa 20%. Das heisst, dass sich dahingehend die Zeiten geändert haben bzw. wir uns wohl damit einrichten werden müssen, dass nicht mehr jeder sein Eigenheim haben kann. Weder in der Schweiz, in Österreich oder gar in Deutschland ist das Standard, dass jeder in den «eigenen» Wänden lebt. Wir sind diesbezüglich auch verwöhnt.

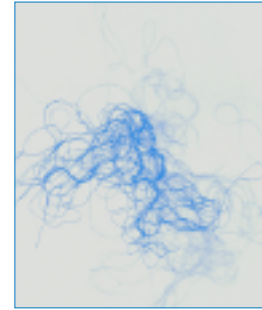
### **Kann die Politik da nicht regelnd eingreifen, damit Bauplätze erschwinglicher werden?**

Politiker werden die Bodenpreise nicht beeinflussen können. Das einzige, was die Politik machen kann, ist, die Rahmenbedingungen für die Bildung von Wohneigentum so zu setzen, dass es doch einigermaßen erschwinglich ist. Das geschieht jedoch bereits: Mit der Wohnbauförderung des Landes wird Bauen doch eher möglich, als wenn es diese Unterstützung nicht gäbe. Zudem haben die Gemeinden noch Angebote für Baurechtsböden in verdichteter Bauweise.

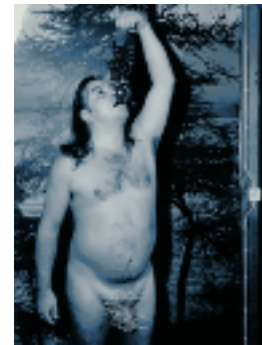
Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass man z.B. in Sevelen um einen Bruchteil der hiesigen Preise Bauland kaufen kann. Da dies keine Abwanderung auslöst, muss ich annehmen, dass es trotz allem interessanter ist, in Liechtenstein zu leben, was wiederum eben die Bodenpreise steigen lässt.

## Veronika Matt **Heimat**

«Heimat schafft Erfolg» – mit diesem Satz des Regierungschefs rief er das «Jahr der Heimat» aus. Die Seite 7 des fl-infos schenken wir KünstlerInnen, DenkerInnen und anderen PhilosophInnen, weil wir gerne ihre Intentionen zum Heimatbegriff erfahren möchten. Nach Jürgen Schremser inspiriert uns nun Veronika Matt, Künstlerin aus Mauren, über Heimat nachzudenken.



Heimat 1.08, Beate Frommelt



Heimat 2.08, Barbara Bühler



Heimat 3.08, Katja Langenbahn

### Heimat – Eine Gefühlssache

Vor einiger Zeit kam mir in Vaduz ein altes Foto unter die Augen, ein kleinformatiges Kodak-Bildchen mit zartem ...

Heimat 4.08, Jürgen Schremser

# Ist Krisenbewältigung eine reine Kommunikationsfrage?



FL-Veranstaltung vom 7.5.2008 im Schaaner Pfarrezentrum

«Die Thematik des Stiftungsrechts ist in den Diskussionen der letzten Wochen und Monate immer wieder mit Fragen der internationalen Kooperation, der Rechtshilfe oder der Steuerpolitik vermischt worden. Die Stiftung ist gar als Vehikel der Steuerhinterziehung dargestellt worden.[...] Als kleines souveränes Land ohne Medienmacht sind wir auf eine professionelle und vor allem krisenfeste Kommunikations- und Informationspolitik angewiesen. ... »

Interview Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher, Liechtensteiner Vaterland 14.5.2008

«Massgebliche Entscheidungskriterien für eine Bank sind Reputation, Risikomanagement und Stabilität – auch hohe Relevanz für den Staat, die EU und die Gesellschaft. Es ist möglich, um die Fragestellung des Abends zu beantworten, ethisch korrekt, wirtschaftlich erfolgreich und EU-kompatibel zu handeln. Dafür aber brauchen wir Mut und Offenheit.»

Michael Lauber, 7.5.08 FL-Veranstaltung

«Verlierer sind die finanzimmobilen und ehrlichen Steuerzahler in den Wohnsitzstaaten. Diese haben die wachsende Steuerlast zu tragen. Es ist nicht der Wohnsitzstaat, sondern die Steueroase, die in die Steuerautonomie fremder Staaten eingreift – und zwar durchaus massiv. Die Besteuerung des Kapitals befindet sich im freien Fall gegen Null. Liechtenstein darf seine Bürger besteuern wie es will. Aber es darf nicht die Steuerpflichten fremder Staaten seinem Steuerrecht unterstellen. Nur der Informationsaustausch wahrt die Steuerautonomie der Staaten und erlaubt unterschiedliche Besteuerungsregeln, die sich die Bürger eines demokratischen Rechtsstaates geben wollen.»

Dr. Ulrich Thielemann, 7.5.2008 FL-Veranstaltung



Michael Lauber, Geschäftsführer des Bankenverbandes



Dr. Ulrich Thielemann, Vizedirektor des Instituts für Wirtschaftstechnik, Universität St. Gallen



**Damit unsere Kinder noch in einer lebenswerten Welt leben können, kämpft die Freie Liste seit ihrer Gründung vor 20 Jahren für eine nachhaltige Verkehrspolitik. Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen möchten, werden Sie Mitglied bei der Freien Liste.**

[www.freieliste.li](http://www.freieliste.li)